politics that C. identifies, and was much more important for the Baltic Germans in Latvia than the Germans in Poland. The German *Saeima* members in Latvia could also, in contrast to their counterparts in Poland, speak in German before the parliament. They chose to exercise this right, even when symbolically it may have been prudent to use Latvian. Unlike the Russian *Saeima* members in Latvia, the Baltic Germans never made the symbolical gesture of declaring allegiance to the Latvian state before the parliament in the Latvian language.

Overall, the promised comparison falls somewhat short. The book consists of four parts: an introduction, two separate parts on each case, and a short final comparative discussion. Regrettably, the final part does not even count five full pages. Still, it has the beginnings of a fascinating analysis using Rogers Brubaker's *Triadic Nexus*. This opens up for a discussion not only about the relationship between a state and a minority group but also a second state's influence, in this case the German Reich (pp. 165-169).

C.'s very careful and conscientious empirical study gives very important and detailed information about the number of, and actions (or inactions) by, German members of parliament in Latvia and Poland during the interwar period. It will undoubtedly be of significant use to researchers interested in questions of democracy, minority rights, and nationalism in Latvia and Poland during the interwar period. But it will also in all probability inspire further research, since it creates such a stable and valuable point of departure.

Södertörn

Christina Douglas

Dušan Janák, Zdeněk Jirásek: Z historie československých vystěhovaleckých družstev v Sovětském svazu 1923-1939. [Aus der Geschichte ausgewanderter tschechoslowakischer Genossenschaften in der Sowjetunion 1923-1939.] Slezská univerzita v Opavě. Opava 2014. 241 S., Ill. ISBN 978-80-7510-038-2.

Die vorliegende Untersuchung zur Auswanderung tschechoslowakischer Genossenschaften in das sowjetische Russland analysiert einen eher seltenen Aspekt von Wanderungsbewegungen: die von den Regierungen des Herkunfts- wie des Aufnahmelandes gemeinsam geförderte, organisierte und von Anfang an auf klar definierte Formen der Erwerbstätigkeit gerichtete Migration. Für Prag sollte die Auswanderung von Genossenschaften nach Russland in den 1920er Jahren vor allem einen Beitrag zur Erschließung von Absatzmärkten des neuen Staates leisten. Moskaus Interesse an der Immigration tschechoslowakischer Genossenschaften (und an vergleichbaren Initiativen aus anderen Ländern) gründete darin, dass der Wiederaufbau der durch Revolution und Bürgerkrieg zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Industrialisierung des Landes ausländischer Hilfe bedurften. Die Neue Ökonomische Politik (NEP) setzte daher im Zuge wirtschaftlicher Liberalisierung und der teilweisen Wiederherstellung von Marktbeziehungen auch auf Impulse, die von der Ansiedlung ausländischer gewerblich-industrieller und landwirtschaftlicher Musterbetriebe ausgehen sollten.

Der politische Aspekt der Einwanderung wurde in Moskau deutlich hervorgehoben, abzulesen etwa an den Verlautbarungen der Kommunistischen Internationale, die die werktätige Immigration als Akt des „proletarischen Internationalismus“ beim Aufbau des Sozialismus feierte. Auf der anderen Seite wollte sich die Prager Regierung bei allem Interesse an wirtschaftlichen Beziehungen zu Moskau nicht selbst eine ideologische Laus in den Pelz setzen und „bolschewistische Propaganda“ Vorschub leisten. Anträge auf Bewilligung einer Reise in das sowjetische Russland mussten nach 1922 ein langwieriges behördliches Verfahren durchlaufen, in das Polizei- und Verwaltungsorgane sowie das Außen-, Innen- und Sozialministerium eingeschaltet wurden. Ablehnungen betrafen dabei sehr oft diejenigen Antragsteller, die Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) waren.

Dieses restriktive Vorgehen wich allerdings immer stärker einer pragmatischen Handhabung des Problems, die den wirtschaftlichen Gesichtspunkt allen anderen Überlegungen vorordnete. Ernsthafte bürokratische Hindernisse hatte die Auswanderungsaktion nicht zu überwinden. Das gilt für den Formierungsprozess der fünf Genossenschaften in Mittelböhmen (Kladno und Prag), in den mährischen Regionen um Hodonín und in der Slowakei im Gebiet um Žilina; es gilt für die von den genossenschaftlichen Gründungsausschüssen geführten Verhandlungen mit den sowjetischen Behörden wie schließlich für die Organisation der Transporte, die zwischen 1923 und 1925 (mit Nachzüglertransporten bis 1932) nach Sowjetrußland abgingen. Insgesamt erreichte der kommunistische Einfluss nicht das Ausmaß, das die Literatur bislang unterstellt hat. Lokale kommunistische Organisationsmilieus spielten im Entstehungsprozess der Genossenschaften eine größere Rolle als höhere Parteiorgane. Die Parteispitze dämpfte den Elan der kleinen Funktionäre, indem sie von ihnen befürwortete Anträge der Genossenschafter auf Mitgliedschaft in der KPTsch nicht selten ablehnte.

Das sowjetrussische Kapitel der Emigration aus der Tschechoslowakei mag einem breiteren Publikum deshalb vertraut sein, weil zu einer der Familien, die mit der slowakischen Kommune *Interhelpo* im März 1925 nach Kirgisien ausreisten, der damals 14jährige Alexander Dubček gehörte. Vor dem Hintergrund der gesamten tschechoslowakischen Emigration zwischen beiden Weltkriegen erscheint den Autoren die Auswanderungsaktion im Ganzen jedoch nur als „Episode“, und in der Tat lag die Gesamtzahl der Migranten bei maximal 2700. Dass in diese „Episode“ ein beträchtlicher Forschungsaufwand investiert wird, erkennbar zuallererst an der Akribie, mit der die wechselvollen Schicksale einzelner Auswanderer nachgezeichnet werden, hat auch mit der Anbindung der Untersuchung an das Projekt der Aufarbeitung der Repressionen zu tun, denen tschechoslowakische Staatsbürger in der Sowjetunion 1918-1956 ausgesetzt waren.

Im Kern lässt sich die Studie allerdings nicht von einem politischen Erkenntnisinteresse leiten. Da die tschechoslowakischen Genossenschaften in Sowjetrußland nach kurzer Zeit durch Abwanderung und Rückkehr vieler Mitglieder in die Heimat zerfielen, lokale Arbeitskräfte die Abgewanderten ersetzten und die Kommunen in sowjetrussischen Betrieben aufgingen oder ganz verschwanden, steht die Frage nach den Gründen dieses Scheiterns im Vordergrund. Die über weite Passagen minutiöse alltagsgeschichtliche Darstellung dieses Verfallsprozesses ist in sich selbst ein aufschlussreicher Beitrag zur Thematik der gesellschaftlichen Integration.

Trotz der relativ hohen Pflichtanteile am Gemeinbesitz der Genossenschaft, die vor der Ausreise entrichtet werden mussten, standen alle Genossenschaften vor dem Problem des Kapitalmangels. Da ursprüngliche sowjetrussische Zusagen der finanziellen Unterstützung oft nicht eingehalten wurden, bedurfte es erheblicher Investitionen in die Gebäude, die den Auswanderern als Unterkunft oder Arbeitsstätte zugewiesen wurden. Allein Kosten dieser Art führten – bei geringer Bereitschaft der Behörden, mit Krediten auszuhelfen – zur Auflösung und zum Untergang mancher Genossenschaften. Dass diese aufgrund der schlechten Ertragslage häufig keinen Lohn zahlten, bedingte von Anfang an Konflikte, da viele Genossenschafter – darunter vor allem Klein- und Mittelbauern – ihre Auswanderung mit der Perspektive individuellen wirtschaftlichen Erfolgs verknüpft hatten. Die Schärfe dieser Konflikte, bis hin zum Auseinanderbrechen der Genossenschaften, resultierte daraus, dass die kommunistischen Mitglieder zwar in fast allen Kommunen die Mehrheit besaßen, sich aber starken oppositionellen Gruppen gegenüber sahen, die unter dem Einfluss der Sozialdemokraten und der nationalen Sozialisten standen. Bei der wegen der dürftigen wirtschaftlichen Ergebnisse unvermeidlichen Dauerdebatte über die zweckmäßigste Ausrichtung der Tätigkeit der Genossenschaften machte sich die Opposition zunutze, dass neben den gewerblich-industriellen auch die drei als „landwirtschaftliche“ Genossenschaften deklarierten Kommunen aufgrund der beruflichen Zusammensetzung ihrer Mitglieder (Handwerker, Ingenieure, Techniker, Facharbeiter) durchaus keine Bastionen der Unterschichten darstellten und konkrete Alternativen zur „proletarischen“ Praxis und Theorie anboten.

Versuche, die Tätigkeit der Genossenschaften am wirtschaftlichen Erfolg zu orientieren, trafen freilich in der lokalen Bevölkerung wie auch in den Behörden oft auf antikapitalistische Ressentiments, die sich gelegentlich in massiven Übergriffen auf die Genossenschaften niederschlugen. Erschwerend für die Integration der Einwanderer kam die Gängelung durch die Behörden hinzu, die oft grundsätzlich bezweifelten, dass die Genossenschaften aufgrund ihrer politischen Differenzierung langfristig zum Aufbau des Sozialismus beitragen würden. Korruption auf lokaler Ebene verhinderte andererseits häufig, dass Maßnahmen höherer Staatsorgane zugunsten der Genossenschaften (z. B. Lieferung von Maschinen) ihren Adressaten erreichten. Ein nach „oben“ abgeschottetes lokales Milieu dürfte jedoch nicht der entscheidende Grund für das Scheitern der Integration gewesen sein. Kulturell war dieses Milieu durchlässig, wie u. a. der problemlose Schulbesuch der Kinder der Einwanderer zeigt. Auffällig ist, dass die aus den Genossenschaften Abgewanderten, die in anderen Regionen Arbeit fanden, weniger hohe Eingangsbarrieren überwinden mussten. Die unter den Genossenschaf tern anfangs vorherrschende Auffassung, kollektiv sei die Integration in die sowjetrussische Gesellschaft besser zu bewältigen als individuell, scheint sich von daher nicht bestätigt zu haben.

Unter den hier nur angedeuteten gewichtigeren Gründen für die gescheiterte Integration sind schließlich die vielfältigen Formen der Verfolgung zu nennen. Sie reichten von Ausweisungen, Einlieferungen in Straf- und Arbeitslager und Haftstrafen bis hin zu vereinzelt Hinrichtungen und wurden meistens mit dem Verdacht auf „Spionage“ begründet. Die Frage nach den Folgewirkungen dieser Repressionen würde sich für die Masse der Literatur über Verfolgung unter kommunistischen Regimen von selbst beantworten. Es spricht für die vorliegende Untersuchung, dass sie diese Frage – statt ein weiteres Mal die antitotale Litanei herunterzubeten – unter Einbeziehung der Defizite der Prager Politik diskutiert. Der „pragmatische“ Kurs der Tschechoslowakei gegenüber Moskau führte, so die Autoren, zu einer grundsätzlichen Vernachlässigung des rechtlichen Schutzes der tschechischen und slowakischen Genossenschaf ter, auch wenn die diplomatische Vertretung in Moskau bei der sowjetrussischen Regierung in diesem Punkt häufig intervenierte.

Dem Mainstream schließen sich Dušan Janák und Zdeněk Jirásek auch in einer zweiten Hinsicht nicht an. Während die Literatur die Gesellschaft unter dem Kommunismus in aller Regel als träge, formbare Masse ohne eigenes Gewicht und eigene Phantasie beschreibt, halten sich beide Vf. an die Erfahrung der Betroffenen. Erfahrung gilt der Literatur zumeist als niedrige Ebene geistiger Aktivität, bestenfalls als „Rohmaterial“ für elaboriertere intellektuelle Übungen.¹ Beide Autoren möchten dagegen den gesellschaftlichen Verhältnissen ein Gesicht geben, und das macht den Rückgriff auf Erfahrung unumgänglich. Daher lebt die Untersuchung von Geschichten wie dieser: Die Not veranlasst einen tschechischen Arbeiter, sich einer Genossenschaft anzuschließen, die ins sowjetische Russland auswandert. Dort werden seine Hoffnungen enttäuscht, er kehrt in die Tschechoslowakei zurück. Arbeitslosigkeit treibt ihn ein zweites Mal nach Russland. Die Genossenschaft nimmt ihn wieder auf, bricht aber bald danach zusammen.

Moosburg

Peter Heumos

¹ Deshalb sind Untersuchungen zur gesellschaftlichen Entwicklung unter dem Kommunismus, die an die individuellen und kollektiven Erfahrungen der Betroffenen anknüpfen, außerordentlich selten. Zu den wenigen Ausnahmen gehört ESZTER BARTHA: *Alienating Labour. Workers on the Road from Socialism to Capitalism in East Germany and Hungary*, New York – Oxford 2013.